**Stadt Bergisch Gladbach**
**Die Bürgermeisterin**

| | |
|---|---|
| Ausschussbetreuender Fachbereich<br>**5 - Jugend und Soziales** | Datum<br>05. März 2002 |
| **Niederschrift** | Schriftführerin<br>Sabine Biesenbach<br>Telefon-Nr.<br>**02202/142847**<br>e-mail:<br>**s.biesenbach@fb5.stadt-gl.de** |
| **Jugendhilfeausschuss**<br>**(Jugendhilfe- u. Sozialausschuss)** | **Sitzung am**<br>**Donnerstag, 28. Februar 2002** |
| Sitzungsort<br><br>Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach | Sitzungsdauer<br><br>17:06 Uhr – 19.04 Uhr |
| **Sitzungsteilnehmer**<br>Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis | |
| **Tagesordnungspunkt** | |
| **Inhalt** | |

# Bereich Jugend

## A Öffentlicher Teil

**1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit**

**2. Genehmigung der Niederschrift im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**

**3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 29.11.2001 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**
*60/2002*

**4. Mitteilungen der Vorsitzenden für den Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**

**5. Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**
*65/2002*

**6. Bericht der Seminarleitung zur Seminarreihe "Gemeinsame Erziehung deutscher und nichtdeutscher Kinder in Kindertagesstätten"**
*72/2002*

**7. Anerkennung des Vereins "Katholische Jugendwerke Rhein-Berg e.V." als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG**
*49/2002*

**8. Trägerwechsel und konzeptionelle Veränderung bei der Offenen Tür St. Laurentius in der Stadtmitte Gladbach**
*50/2002*

**9. Übertragung der Trägerschaft über den Schülertreff Katterbach von dem Schulverein zur Förderung der Gemeinschaftsgrundschule Katterbach auf die Evgl. Kirchengemeinde Altenberg / Schildgen**
*61/2002*

**10. Kostenreduzierung für den Spielplatz Auf'm Büchel**
*64/2002*

**11. Situation in Neufrankenforst im Hinblick auf Spielflächen**
*52/2002*

**12. Veränderungen bei den freiwilligen Leistungen im Bereich der Vollzeitpflege**
*71/2002*

**13. Fortsetzung der Förderung einer zusätzlichen Stelle in der Katholischen Erziehungsberatungsstelle, Paffrather Straße 7-9, 51465 Bergisch Gladbach unter Beteiligung der umliegenden Jugendämter im Rheinisch-Bergischen Kreis**
*66/2002*

**14. Förderung der Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Suchtprävention und der Sexualpädagogik**
*67/2002*

**15. Vorberatung des Teilhaushalts 2002 für den Fachbereich 5-Jugend und Soziales für den Bereich Jugend**
*77/2002*

**16. Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**

# Bereich Soziales

## A <u>Öffentlicher Teil</u>

**1. Genehmigung der Niederschrift für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

**2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 29.11.2001 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
*63/2002*

**3. Mitteilungen der Vorsitzenden für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

**4. Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

**5. Jahresbericht zur Unterbringungssituation von Asylbewerbern, Kontingentflüchtlingen, Spätaussiedlern und Obdachlosen in städtischen Übergangsheimen und Notunterkünften im Jahre 2001**
*73/2002*

**6. Entsendung von Mitgliedern des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in Ratsausschüsse**
*54/2002*

**7. Vorberatung des Teilhaushalts 2002 für den Fachbereich 5-Jugend und Soziales im Bereich Soziales**
*78/2002*

**8. Kündigung der Förderrichtlinien**
*76/2002*

**9. Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

# Bereich Jugend

## A Öffentlicher Teil

Die Verwaltung legt auf den Plätzen der Ausschussmitglieder aus:

- als Ergänzung zu Tagesordnungspunkt A 5-J (Klassifizierung der Ausgabeansätze des FB 5) die Tischvorlage *Quantifizierung der Teilbeträge von Ansätzen, die unterschiedlichen Kategorien zugeordnet sind,*
- die Broschüre *Ferienfahrten 2002 – Urlausbstipps für Kinder und Jugendliche*. Die Broschüre ist in allen Jugendämtern im Rheinisch-Bergischen Kreis und im Kreisjugendamt erhältlich. Sie liegt in den Rathäusern, Stadthäusern und Bürgerbüros öffentlich aus,
- die Broschüre des Seniorenbüros der Stadt Bergisch *Computer und Internet für Senioren – Angebote in Bergisch Gladbach.* Die Broschüre liegt in den Broschürenständern im Eingangsberich der Stadthäuser und den Bürgerbüros öffentlich aus. Sie kann bei Bedarf im Seniorenbüro bei Frau Wewer unter der Telefonnummer 02202/14 24 51 angefordert werden,
- eine Information zum Thema *Gesunde Ernährung* mit anliegendem Elternbrief zum Thema sowie dem Flyer *Apfelklops & Co. – ein Fest mit Rock und Liedern* am 20.03.2002,
- die aktualisierte Liste der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss),
- die aktualisierte Auflistung der e-mail-Adressen der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss).

Die Unterlagen sind dem Original der Niederschrift beigefügt.

### 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit

Frau Bendig eröffnet die 15. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) in der 6. Ratsperiode um 17:06 Uhr. Sie begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass sich die fehlenden Ausschussmitglieder entschuldigt haben. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

### 2 Genehmigung der Niederschrift im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vom 29.11.2001 wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

## 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 29.11.2001 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Der Durchführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

## 4 Mitteilungen der Vorsitzenden für den Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Frau Bendig dankt für die überlassenen Broschüren und Unterlagen.
Sie weist auf die in der Einladung zur Sitzung bereits angekündigte Arbeitstagung des Landschaftsverbands Rheinland für Mitglieder von Jugendhilfeausschüssen vom 04. bis 05.06.2002 im Jugendhof Rheinland in Königswinter hin. Anmeldeformulare werden herum gereicht. Die Einladung mit Anmeldeformular kann auch bei der Schriftführerin des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss), Sabine Biesenbach, unter der Telefonnummer 02202/ 14-28 47 angefordert werden.

## 5 Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Herr Hastrich verweist zunächst auf die Mitteilungsvorlage.

Ergänzend geht er auf die Anlage 2 zum Tagesordnungspunkt A5- J *Klassifizierung der Ausgabenansätze des FB 5* ein. Er erläutert, dass die letzte Spalte *Kürzungen im laufenden Haushaltsjahr* darauf hinweisen soll, dass die rechtliche Grundlage oder die vertraglichen Verpflichtungen so gefasst sind, dass im laufenden Haushaltsjahr bereits Einsparungen möglich sind.

Weiterhin verweist Herr Hastrich auf die Tischvorlage. Neben den Kreuzen, die in der vorgenannten Anlage 2 die Leistungen lediglich klassifizieren, weist die Tischvorlage für Ansätze, die unterschiedlichen Kategorien zuzuordnen sind, ergänzend Beträge aus. Herr Hastrich kündigt für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 24.04.2002 auf der Basis des dann beschlossenen Haushalts eine vollständige Liste an, die die gesamten Beträge in den entsprechenden Zeilen und Kategorien jeweils einzeln ausweisen wird.

Herr Zenz verweist auf die verteilten Informationen zum Thema *Gesunde Ernährung* mit anliegendem Elternbrief zum Thema sowie den Flyer *Apfelklops & Co. – ein Fest mit Rock und Liedern*. Das Fest findet am 20.03.2002 statt. Er ergänzt, dass die Verwaltung beschlussgemäß die Anregung von Frau Schöttler-Fuchs aufgegriffen und einen Extra-Elternbrief zum Thema heraus gegeben hat. Er betont, dass sowohl die Erstellung dieses Elternbriefes als auch die anstehende Veranstaltung dankenswerterweise vollständig durch Sponsorenmittel finanziert werden konnte.

## 6 Bericht der Seminarleitung zur Seminarreihe "Gemeinsame Erziehung

**deutscher und nichtdeutscher Kinder in Kindertagesstätten"**

Frau Bendig begrüßt Frau Cornelia Schwöppe und Herrn Hartmut Böcher, die die vom Ausländerbeirat der Stadt Bergisch Gladbach für ErzieherInnen in Kindertagesstätten veranstaltete Seminarreihe *Gemeinsame Erziehung deutscher und nichtdeutscher Kinder in Kindertagesstätten* moderiert haben. Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) hatten einen Erfahrungsbericht der Seminarleitung gewünscht.

Herr Böcher berichtet über den äußeren Rahmen der Fortbildungsreihe.
Ziel der Fortbildung ist es, ErzieherInnen die Wichtigkeit kommunikativer Fähigkeiten zu verdeutlichen, die nicht nur den sprachlichen Bereich betreffen, sondern – vor allem im Umgang mit nichtdeutschen Kindern, die kein oder erst wenig Deutsch sprechen – auch den non-verbalen Bereich einschließen müssen. Nur so kann den Kindern ein Gefühl von Sicherheit und Verstanden-werden vermittelt und ihre Selbstsicherheit gestärkt werden.

Zum Konzept der Veranstaltung gehört es, ausländische Referentinnen und Referenten zu gewinnen, um z.B. Unterschiede der Kulturen und Religionen (z.B. der Aleviten und Sunniten, als in Bergisch Gladbach stark vertretener Gruppen), zu verdeutlichen und sich nicht allein auf die Sprachförderung nichtdeutscher Kinder zu konzentrieren.
Herr Böcher geht auch auf die Fragestellung ein, weshalb der Themenbereich der Erziehung nichtdeutscher Kinder in der ErzieherInnenausbildung nicht bereits abgehandelt wird. Er führt dies darauf zurück, dass für die theoretische Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern – unter Abzug aller vorgeschriebenen Praktika – lediglich 52 Wochen verbleiben. In dieser wenigen verfügbaren Zeit muss eine Fülle elementarer Dinge vermittelt werden. Besondere Fragestellungen wie die vorliegende bleiben dann bedauerlicherweise zwangsläufig auf der Strecke.

Frau Schwöppe behandelt den Ablauf der jeweils vier Tage umfassenden Fortbildung und benennt die Schwerpunkte der einzelnen (nicht zusammenhängenden) Tage:

1. Tag: Alltag und Weltanschauung unterschiedlicher Kulturen in der Türkei.
2. Tag: Psychomotorik und Sprachentwicklung
3. Tag: Die Kunst mit fremden Menschen zusammen zu leben
4. Tag: Gemeinsame Erziehung deutscher und ausländischer Kinder in der Arbeit mit
   Eltern aus Migrantenfamilien.

Weitergehende Informationen können der Handreichung entnommen werden, die die Moderatoren für die Ausschussmitglieder mitgebracht haben. Sie ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Frau Bendig dankt Frau Schwöppe und Herrn Böcher für ihre Ausführungen.

Frau Wöber-Servaes fragt nach der Anzahl der bisher durchgeführten Seminare, der Anzahl der TeilnehmerInnen, deren Rückmeldung zur Umsetzbarkeit des Erlernten im Alltag. Sie bittet, einen Ausblick für das Seminarangebot zu geben.

Herr Böcher teilt mit, dass bisher drei Veranstaltungen mit jeweils vier (nicht zusammenhängenden) Tagen Dauer durchgeführt wurden. Um eine Rückmeldung von den TeilnehmerInnen zu erhalten, hat nach der ersten Veranstaltung eine Fragerunde stattgefunden; nach der zweiten und dritten Seminarreihe wurde um Rückmeldung per Fragebogen gebeten. Allgemein wurden die Umsetzungsmöglichkeiten im Alltag als gut befunden und die Notwendigkeit einer Fortbildungsveranstaltung dieser Art signalisiert. Die Rückmeldungen sind im Wortlaut in der vorgenannten Handreichung dokumentiert.

Mit 25 TeilnehmerInnen war der zweite Kurs am stärksten besucht. Der letzte Kurs dagegen hatte nur 12 TeilnehmerInnen. Dies war auf organisatorische Gründe zurück zu führen, da die Einladung zum letzten Seminar offensichtlich nicht in allen Einrichtungen angekommen war. Eine kontinuierliche Fortsetzung des Kursangebots wurde seitens des Moderatorenteams ausdrücklich begrüßt.

Herr Hastrich berichtet von positiven Rückmeldungen auch seitens der Fachberatung im Bereich der Kindertageseinrichtungen. Der Ausländerbeirat hat ihm den Wunsch zur Fortführung der Seminarreihe signalisiert. Ein entsprechender Vorschlag wird dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vorgelegt werden.

Herr Böcher stellt dar, dass die Anregung der Fachberatung im Bereich der Kindertageseinrichtungen, das Seminar in Zusammenarbeit mit der Volkhochschule durch ein parallel durchgeführtes Fortbildungsangebot im sprachlichen Bereich für Eltern zu ergänzen, seitens des Jugendamtes aufgegriffen wurde. Ziel dieser Veranstaltung war es, die Kommunikation zwischen ErzieherInnen und Eltern zu verbessern.

Herr Hoffstadt lobt die Erarbeitung dieses Curriculums. In diesem Zusammenhang würdigt er die Leistung des Ausländerbeirats, insbesondere Frau Ono-Fellers, die Fortbildung auch finanziell abzusichern. Weiterhin regt Herr Hoffstadt eine längerfristige Evaluation an. Er bittet Herrn Hastrich die Zukunftsperspektive zu beschreiben.

Herr Böcher äußert sein Interesse an einer längerfristigen Evaluation, um herauszufinden, was in den Einrichtungen nach der Teilnahme von ErzieherInnen am Fortbildungsangebot umgesetzt wird und welche Wirkungen dies hat.

Frau Münzer fragt nach, ob die Sprachförderung allein von den ErzieherInnen geleistet werden soll oder ob ein diesbezüglicher Einsatz von DeutschlehrerInnen in den Einrichtungen geplant ist.
Frau Schwöppe und Herr Böcher antworten, dass es wichtig sei, dass ErzieherInnen in den Dialog mit den Kindern eintreten. In der Kindertagesstätte lernen Kinder auf vielfältige Weise und anders als in der Schule. Auf ebenso vielfältige Weise können sie von ihren ErzieherInnen dabei unterstützt werden, ihre Lernfähigkeit, die im Kindergartenalter besonders hoch ist, auszunutzen. Allerdings wäre es zu überlegen, DeutschlehrerInnen in den Sprachkursen für Eltern nichtdeutscher Kinder einzusetzen.

Frau Villaret, Teilnehmerin des ersten Kurses, berichtet von ihren eigenen positiven Erfahrungen. Insbesondere hat sie wachsendes Verständnis für nichtdeutsche Kinder und deren Eltern beobachtet. Ebenso ist ihr aufgefallen, dass die Sensibilität der

ErzieherInnen für die Sprachförderung geweckt wurde.

Frau Bendig fragt nach der Finanzierung der Veranstaltung, für die rd. 15.000 DM (7.500 €) aufzubringen sind.

Frau Schwöppe antwortet, dass die Finanzierung durch den Ausländerbeirat erfolgt ist und für die TeilnehmerInnen beitragsfrei angeboten wurde.

Herr Hastrich stellt dar, dass zur Integration ein Bündel von Maßnahmen notwendig ist. Um dieses Anliegen voran zu bringen, ist es wichtig, in Kindertagesstätten und auch in den Schulen Sprachförderung zu betreiben. Daneben ist es unumgänglich zu erreichen, dass auch die Eltern der Kinder Sprachförderung in Anspruch nehmen. Hier sind insbesondere die Einrichtungen der Familienbildung und die Volkshochschule als „Verbündete“ gefragt.
Ein weiteres Element sind die Richtlinien des Landes, die noch nicht fertig gestellt, aber dennoch vorläufig in Kraft gesetzt werden. Sie zielen darauf ab, Kindern unmittelbar vor dem Eintritt in die Grundschule verstärkt Sprachförderung zukommen zu lassen. Zielgruppe sind sowohl Migrantenkinder als auch deutsche Kinder, die Sprachprobleme aufweisen.

Auf Nachfrage von Frau Wöber-Servaes, ob die Kurse zwar durch Landesrichtlinien vorgesehen werden, die Kostendeckung aber den Kommunen überlassen wird, erläutert Herr Hastrich, dass zur Umsetzung der Landesrichtlinie Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Fraglich ist, ob die Landesmittel ausreichen werden, um die Nachfrage nach Sprachförderung befriedigen zu können. Aufgrund der kurzen noch verbleibenden Zeit bis zum Beginn des neuen Schuljahres sieht Herr Hastrich organisatorische Schwierigkeiten bei der Umsetzung. Insgesamt muss die Maßnahme nach seiner Auffassung in die gesamten Integrationsbemühungen eingebettet werden. Sie darf nicht isoliert betrachtet und durchgeführt werden. Er mahnt stärkeres Engagement seitens des Landes und des Bundes an.

Zur Evaluation bemerkt Herr Hastrich, dass künftig ein Unterschied in der Sprachkompetenz von Kindern aus Einrichtungen, deren ErzieherInnen das Fortbildungsangebot genutzt haben und denen, die das Angebot (noch) nicht genutzt haben, bestehen müsste. Sollte dieser Unterschied nicht feststellbar sein, müssen wirkungsvollere Mittel gefunden werden.

Frau Wöber-Servaes fragt, weshalb die Einladung zur letzten Seminarreihe nicht alle Einrichtungen erreicht hat. Dies wurde von den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) als unverzeihliche Panne empfunden, die sich unter keinen Umständen wiederholen darf.

Herr Zenz erläutert, dass die organisatorischen Aufgaben von der Geschäftsführung des Ausländerbeirats zusätzlich zu erledigen waren und es gegebenenfalls Abstimmungsprobleme gegeben hat.

Frau Schöttler-Fuchs regt an, einen Einführungsnachmittag anzubieten, der LeiterInnen von Kindertagesstätten über die Kursinhalte informiert. Insgesamt ist es zu begrüßen, dass die Fortbildungsveranstaltung nicht nur LeiterInnen zugänglich war, sondern auch ErzieherInnen teilnehmen konnten.
Herr Hoffstadt beantragt, dass für das Jahr 2002 ein nächstes ErzieherInnenseminar

organisiert wird. Bezüglich der Finanzierung ruft er die Anwesenden dazu auf, sich eindringlich um Spenden zu bemühen, um den ErzieherInnen die Teilnahme weiterhin kostenlos zu ermöglichen.

Herr Hastrich bestätigt, dass der Ausländerbeirat an der Fortführung der Fortbildungsmaßnahme interessiert ist. Sobald in den Haushaltsberatungen der Etat für den Ausländerbeirat beschlossen ist, wird eine Vorlage über beabsichtigte Maßnahmen vorgelegt.

Der Inhalt des Antrags von Herrn Hoffstadt wird allgemein begrüßt.
Ein formeller Beschluss über den Antrag von Herrn Hoffstadt erfolgt nach den Ausführungen von Herrn Hastrich nicht.

Frau Bendig dankt Frau Schwöppe und Herrn Böcher für ihren Vortrag und ihre Bereitschaft, Fragen der Ausschussmitglieder zu beantworten.

## 7 Anerkennung des Vereins "Katholische Jugendwerke Rhein-Berg e.V." als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG

Herr Fischer und Herr Braun-Paffhausen zeigen ihre Befangenheit für die beiden nachfolgenden Tagesordnungspunkte an. Sie verlassen die Sitzungsrunde und nehmen im Zuhörerbereich Platz.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden
**Beschluss:**

**Der Verein „Katholische Jugendwerke Rhein-Berg e.V.“, Laurentiusstraße 25, 51465 Bergisch Gladbach, wird als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG anerkannt.**

## 8 Trägerwechsel und konzeptionelle Veränderung bei der Offenen Tür St. Laurentius in der Stadtmitte Gladbach

Frau Wöber-Servaes und Herr Hoffstadt befinden es für gut, dass das Kath. Jugendamt sich darum Gedanken gemacht hat, im Innenstadtbereich Jugendlichen bedarfsgerecht Angebote einer Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu unterbreiten. Zudem sei erfreulich, dass eine Abstimmung mit dem Q1 Jugend-Kulturzentrum bezüglich der Aufgabenverteilung beider Einrichtungen stattgefunden hat und in die Konzeption eingeflossen ist. Positiv wird bewertet, dass von den beabsichtigten Nutzern des Hauses Synergieeffekte genutzt werden können und auch die Mobile Offene Jugendarbeit in die Überlegungen einbezogen wurde.
An die Verwaltung des Jugendamtes gerichtet bittet Frau Wöber-Servaes die Folgekosten des Angebots aufzuzeigen.
Herr Hastrich teilt mit, dass die Stadt bei der Umsetzung des vorliegenden Konzepts Finanzmittel einsparen wird. Hierfür spricht er den Trägern und auch dem

zuständigen Fachberater im Jugendamt seine Anerkennung aus.
Bezüglich der Folgekosten kündigt Herr Hastrich für die nächste, spätestens übernächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) eine Beschlussvorlage an. Die Größenordnungen der Umbau- und Sanierungsmaßnahmen – Grundlage für die Beschlussvorlage – werden derzeit ermittelt. Ebenso wird die Beschlussvorlage Aussagen zu den künftig zu erwartenden Personalkosten beinhalten.

Frau Bendig lässt über den Beschlussvorschlag insgesamt abstimmen.
Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden
**Beschluss:**

1. **Dem Trägerwechsel bei der Offenen Kinder- und Jugendeinrichtung in der Dr.-Robert-Koch-Straße 8, Bergisch Gladbach, vom Verein „Heim an St. Laurentius e.V." an den Verein „Katholische Jugendwerke Rhein-Berg e.V." (KJW) zum 1. Januar 2002 auf der Basis der Vereinbarung vom 19.12.2001 wird zugestimmt.**
2. **Mit dem Trägerwechsel wird die Konzeption für die Offene Kinder- und Jugendeinrichtung verändert. Die Veränderung folgt den Maßgaben der Jugendhilfeplanung**
   - **bezüglich der Situation der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in der Stadtmitte Bergisch Gladbach,**
   - **orientiert sich an den Eckdaten für das Gesamtkonzept Offene Kinder- und Jugendarbeit (Richtwerte)**
   - **und schließt die sich hieraus u.a. ergebenden Konsequenzen für die Angebote im Rahmen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Hause Dr.-Robert-Koch-Straße 8 mit ein.**

**Der konzeptionellen Veränderung wird ebenfalls zugestimmt.**

Herr Fischer und Herr Braun-Paffhausen kehren wieder in die Sitzungsrunde zurück.

**9 Übertragung der Trägerschaft über den Schülertreff Katterbach von dem Schulverein zur Förderung der Gemeinschaftsgrundschule Katterbach auf die Evgl. Kirchengemeinde Altenberg / Schildgen**

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden
**Beschluss:**

**Der Evgl. Kirchengemeinde Altenberg / Schildgen wird zum 01.08.2002 die Trägerschaft über den Schülertreff in der Gemeinschaftsgrundschule Katterbach, Kempener Straße 187, übertragen.**

**10 Kostenreduzierung für den Spielplatz Auf'm Büchel**

Herr Hoffstadt beantragt für die SPD-Fraktion, der Variante 1 für die Gestaltung des

Spielplatzes Auf´m Büchel zuzustimmen.

Frau Alef bringt ihr Erstaunen über das Vorgehen der Verwaltung im Hinblick auf die zuvor durchgeführte Partizipation von Kindern zur Gestaltung des Spielplatzes zum Ausdruck. Erst nachdem unter Berücksichtigung der Kinderwünsche der Spielplatz geplant war, wurden Überlegungen zur Kostenreduzierung angestellt. Die Fraktion KIDitiative befürchtet, dass bei den Kindern Frustration aufkommt und der Eindruck entsteht, mit ihren Vorstellungen nicht ernst genommen worden zu sein.

Herr Zenz erläutert, dass zu Beginn der Kinderbeteiligung im Haushalt des Jahres 2001 Mittel in Höhe von 254.000 DM für die Errichtung des Kinderspielplatzes vorgesehen waren, incl. eines Betrages, der als Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2002 die Fertigstellung absicherte. Danach hat sich die Haushaltssituation der Stadt dramatisch verschlechtert. Da mit der Errichtung des Spielplatzes noch nicht begonnen wurde und auch Aufträge, die die Stadt binden würden, noch nicht vergeben waren, besteht die Möglichkeit, die Kostenseite mit Blick auf die Haushaltssituation noch einmal zu überdenken.

Frau Münzer teilt mit, dass die CDU-Fraktion die Variante 3 favorisiert. Sie ist der Meinung, dass alle gezeigten Varianten die Wünsche der Kinder enthalten und sie deshalb die Befürchtungen der Fraktion KIDitiative nicht teilt. Selbst die kostengünstigste Variante 3 enthält alle für einen Spielplatz wesentlichen Dinge.

Die Frage von Frau Münzer, ob das „Okta-Netz“ auch zu einem späteren Zeitpunkt noch um Rutsche und Steg erweiterbar ist, bejaht Herr Zenz.

Herr Schnöring bezeichnet das Verhalten der CDU-Fraktion als unverständlich. Er bedauert, dass auch die Bürgermeisterin in ihrer „Sparliste“ die Einstellung des Spielplatzbaus, Rückbau und gegebenenfalls Abbau von Spielplätzen als Möglichkeit zur Ausgabenreduzierung vorschlägt. Er kündigt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an, für die Variante 1 zu stimmen.

Herr Kotulla drückt sein Bedauern darüber aus, falls die Beratung dieser Maßnahme nun in eine parteipolitische Diskussion geriete. Er rät dazu, sich in Städten vergleichbarer Größenordnung umzuhören, um zu erfahren, was andernorts in ähnlich dramatischer finanzieller Lage noch geleistet wird. Es sollte positiv betrachtet werden, dass sich die Stadt Bergisch Gladbach noch in der Lage sieht, Einrichtungen zu halten und sogar noch Neues zu schaffen. Er stellt klar, dass die Finanzierung jeder Maßnahme über den Kreditmarkt abgesichert werden muss. Es sollte versucht werden, den Kindern in positiver Weise zu erklären, dass ein neuer Spielplatz errichtet wird und bei Besserung der Haushaltssituation die Möglichkeit besteht, die Ausstattung zu ergänzen.

Dem entgegnet Herr Hoffstadt, dass auch die Stadt Köln in ihrer ebenfalls dramatischen Haushaltssituation von der Notwendigkeit, Spielplätze zu bauen, überzeugt ist und entsprechende Maßnahmen vorsieht. Gegebenenfalls müssten andere Prioritäten bei der Verteilung der Haushaltsmittel gesetzt werden. Hinsichtlich der Kinderbeteiligung regt Herr Hoffstadt an, künftig vor Eintritt in die Kinderbeteiligung einen Kostenrahmen vorzugeben, in dem sich die Wünsche für Herrichtung und Ausstattung eines Spielplatzes überhaupt bewegen dürfen.

Auf Nachfrage von Frau Alef führt Herr Hastrich aus, dass die Unterschiede in den Kostenschätzungen der drei Varianten sich lediglich auf die Ausstattungsgegenstände beschränken; die Erdarbeiten bei allen Varianten in gleicher Weise durchgeführt werden.

Frau Bendig kündigt an, beginnend mit der Variante 1, über jede einzelne Variante abstimmen zu lassen.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst mit 8 Ja-Stimmen bei 6 Gegenstimmen folgenden
**Beschluss:**

**Der Spielplatz Auf'm Büchel / Franz-Heider-Straße soll in der von der Verwaltung des Jugendamtes vorgeschlagenen Variante 1 errichtet werden. Die Kosten für die Variante 1 belaufen sich auf 126.714 €.**

## 11 Situation in Neufrankenforst im Hinblick auf Spielflächen

Für die CDU-Fraktion bittet Frau Münzer den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) die Verwaltung beauftragt, durch Einbringung einer diesbezüglichen Beschlussvorlage im Planungsausschuss zunächst Planungsrecht schaffen zu lassen und die Angelegenheit danach dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) erneut zur Beratung vorzulegen.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden ergänzten
**Beschluss:**

**Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) beauftragt die Verwaltung, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Spielplatz an der Kurt-Schumacher-Straße schnellstmöglich zu realisieren.**

**Bei der Planung soll ein ausgewogenes Konzept unter der Berücksichtigung der angespannten Haushaltslage entstehen, welches die unterschiedlichen Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner weitestgehend integriert.**

**Die Verwaltung wird beauftragt, durch Einbringung einer diesbezüglichen Beschlussvorlage im Planungsausschuss zunächst Planungsrecht schaffen zu lassen und die Angelegenheit danach dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) erneut zur Beratung vorzulegen.**

## 12 Veränderungen bei den freiwilligen Leistungen im Bereich der Vollzeitpflege

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

**Beschluss:**

1. **Die freiwilligen zusätzlichen Leistungen für Taschengeld und Bekleidungsbeihilfe werden ab dem 01.08.2002 nicht mehr gewährt.**

2. **Die Ergänzungsbeihilfe soll ab dem 01.08.2002 auf formlosen Antrag bis zur Höhe des zweifachen Pflegesatzes des Pflegegeldes der höchsten Altersstufe gewährt werden, jeweils wenn das Kind das 7. und das 14. Lebensjahr vollendet hat und bereits mindestens drei Jahre in dieser Pflegefamilie lebt.**

3. **Aufgrund der besonderen sozialpolitischen Bedeutung der freiwilligen Altersvorsorge wird diese weiterhin gewährt, bis eine einheitliche landes- oder bundesgesetzliche Regelung getroffen ist.**

4. **Die übrigen freiwilligen Beihilfen (Tabelle 3 Ziffern 4, 5, 6, 8; Tabelle 4 Ziffern 1-5) werden in dem selben Umfange wie bisher gewährt.**

## 13 Fortsetzung der Förderung einer zusätzlichen Stelle in der Katholischen Erziehungsberatungsstelle, Paffrather Straße 7-9, 51465 Bergisch Gladbach unter Beteiligung der umliegenden Jugendämter im Rheinisch-Bergischen Kreis

Herr Zenz teilt zu den Tagesordnungspunkten A13-J und A14-J ergänzend mit, dass die Städte Overath und Rösrath sowie der Rheinisch-Bergische Kreis (Jugendamt für Kürten, Odenthal und Burscheid) der Mitförderung der zusätzlichen Fachkraftstelle zwischenzeitlich zugestimmt haben. Mithin könnte der Beschluss entsprechend umgesetzt würden.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden
**Beschluss:**

**Unter der Voraussetzung, dass die Städte Overath und Rösrath sowie der Rheinisch-Bergische Kreis (Jugendamt für Kürten, Odenthal und Burscheid) die zusätzliche Fachkraftstelle mit fördern, ist auch die Stadt Bergisch Gladbach bereit, die Stelle in 2002 mit ca. 21.000 € zu fördern.**

**Rechtzeitig im Jahre 2002 ist mit allen Beteiligten zu prüfen, wie die Arbeit zukünftig sicher gestellt und finanziert werden kann.**

## 14 Förderung der Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Suchtprävention und der Sexualpädagogik

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

**Beschluss:**

1. **Für die Präventionsarbeit im Bereich *Suchtprävention* und *Sexualpädagogik* werden vorbehaltlich der entsprechenden Bereitstellung von Mitteln im Haushalt 2002 seitens der Stadt Bergisch Gladbach wie in 2001 45.827 € (= 89.630 DM) zur Verfügung gestellt. In analoger Anwendung der bisher gültigen Vereinbarung mit dem Träger und den umliegenden Jugendämtern sind mit diesem Betrag Personalkosten von bis zu 43.046 € und Projektkosten von bis zu 2.781 € (= 5.439 DM) zu finanzieren.**

2. **Alle Beteiligten sollten für 2002 bestrebt sein, durch besonderes Kostenbewusstsein und durch die weitere Akquisition von Spenden das bisherige Leistungsvolumen trotz Reduzierung der öffentlichen Zuschüsse bei den Projektmitteln beizubehalten.**

3. **Die Bürgermeisterin wird beauftragt, mit den umliegenden Jugendämtern und dem Träger für den Zeitraum ab 2003 wieder eine längerfristige Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung für den Bereich der *Suchtprävention* und *Sexualpädagogik* zu verhandeln und rechtzeitig im Jahre 2002 zur Beschlussfassung vorzulegen.**

## 15 Vorberatung des Teilhaushalts 2002 für den Fachbereich 5-Jugend und Soziales für den Bereich Jugend

Herr Schnöring spricht die „Sparliste von Frau Opladen“ an, in der bereits Sparvorschläge unterbreitet wurden, die im Haushaltsjahr 2002 relevant werden könnten. Er fragt, ob und wann die auf den Fachbereich 5 – Jugend und Soziales bezogenen Sparvorschläge noch im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) diskutiert werden oder wie verfahren wird. Hier merkt er an, dass die „Sparliste“ lediglich den Mitgliedern der Fraktionen bekannt sind, nicht aber den Vertretern der Jugend- und Wohlfahrtsverbände. Herr Schnöring reicht zu deren Information kopierte Auszüge aus der Sparliste herum.

Herr Kotulla stellt klar, dass es sich bei der so bezeichneten Sparliste nicht um ein Werk von Frau Opladen, sondern um das erste Ergebnis der *Projektgruppe Produktkritik* handelt.
Die Vorschläge betreffen nicht nur das Haushaltsjahr 2002, sondern die mittelfristige Finanzplanung der Stadt. Die über 200 Positionen umfassende Liste wird in der kommenden Woche in den Lenkungsausschuss eingebracht, in dem alle Fraktionen vertreten sind. Danach werden in den Fällen, in denen Ausschüsse und der Rat zur Entscheidung über die Umsetzung einzelner Maßnahmen zuständig ist, entsprechende Beschlussvorlagen eingebracht. Andere Positionen beziehen sich auf das laufende Geschäft der Verwaltung und können ohne vorherige Gremiumsbeschlüsse umgesetzt werden. Hierüber wird im Lenkungsausschuss berichtet werden.

Herr Hoffstadt kritisiert, dass die Verwaltung in Kenntnis der Haushaltsfehlbeträge zunächst nichts unternommen hatte und erst auf einen Antrag der SPD-Fraktion hin tätig wurde.

Diese Darstellung weist Herr Kotulla energisch zurück. Er verweist auf Einsparungen in Höhe von 6 Mio. DM, die im Haushaltsjahr 2001 aufgrund der 20% igen Haushaltssperre eingespart werden konnten und auf den zeitgleich verhängten Einstellungsstopp. Er erinnert daran, dass nicht nur die Haushaltsjahre 2001 und 2002 betrachtet werden dürfen. Stets wurde auf die immer dramatischer werdende Haushaltssituation aufmerksam gemacht, die sich in den nächsten Jahren nicht ändern wird. Deshalb gibt es keinen anderen Weg, als jede von der Stadt Bergisch Gladbach zu erbringende Dienstleistung ohne Tabus auf den Prüfstein zu stellen.

Frau Wöber-Servaes kündigt die Zustimmung der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage an.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst mit 8 Ja-Stimmen bei 6 Gegenstimmen folgenden
**Beschluss:**

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Finanz- und Liegenschaftsausschuss, den durch die Verwaltung vorgelegten Haushaltsentwurf einschließlich der Änderungsliste und den Änderungen auf Grund der Beratungen im Ausschuss dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.**

## 16 Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

### 16.1. SiT-Gruppe in der Kreativitätsschule

Herr Schnöring fragt bezüglich der aus räumlichen Gründen drohenden Schließung der SiT-Gruppe in der Kreativitätsschule nach dem Sachstand.

Herr Hastrich teilt mit, dass er davon ausgeht, die Gruppe fortsetzen zu können. Die Standortproblematik wird derzeit erörtert.

### 16.2. Projekt *Kinder überplanen das Buchmühlen-Gelände*

Herr Schnöring bittet, die Ideen der Kinder zur Gestaltung des Buchmühlen-Geländes im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vorzustellen.

Herr Hastrich sagt dies für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 24.04.2002 zu.

### 16.3. Spielplatz an der Karl-Theodor-Straße

Herr Schnöring teilt mit, dass auf dem Spielplatz Karl-Theodor-Straße die Rutsche abgebaut wurde. In dem dadurch geschaffenen Krater sammelt sich nun Regenwasser. Er bittet um Auskunft, was dort künftig passiert.

Herr Zenz führt aus, dass der Spielplatz an der Karl-Theodor-Straße zu den Spielplätzen gehört, die saniert werden sollen, beziehungsweise wurden. Aufgrund der widrigen Witterung musste die Baustelle längere Zeit ruhen, so dass es zu der beschriebenen Situation kam. An der Stelle, an der sich derzeit der „See“ befindet, soll in nächster Zeit eine neue Anlage installiert werden.

Herr Zenz weist ergänzend darauf hin, dass die Sanierung des Spielplatzes auf eine Anregung von Kindern zurück geht, die auf bestehende Missstände aufmerksam gemacht haben. (Die Sanierung des Spielplatzes konnte zwischenzeitlich durch das Aufstellen des zentralen Spielturms abgeschlossen werden.)

**16.4. Vorteile der Jugendleiter-Card (Juleica)**

Herr Schnöring bittet die Vorteile der Jugendleiter-Card darzustellen. Es möge aufgelistet werden, wer den Karteninhabern welche Vorteile oder finanzielle Vergünstigungen einräumt.

Herr Zenz sagt eine Mitteilungsvorlage für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 24.04.2002 zu.

**16.5. Beschäftigungsprojekt *Fahrradwerkstatt***

Frau Schöttler-Fuchs fragt, gerichtet an den Vertreter der *Caritas RheinBerg*, nach dem Stand der Umbauten in den Räumen der Fahrradwerkstatt und der Aufnahme der Tätigkeit.

Herr Köchling berichtet, dass die Umbau- und Renovierungsarbeiten abgeschlossen wurden. Auch die Einrichtung ist nahezu vollständig erstellt. Momentan nehmen sechs Personen am Projekt teil. In der kommenden Woche wird es weitere Vorstellungsgespräche geben. Der Personenkreis wird weitgehend durch das *Netzwerk Wohnungsnot RheinBerg* akquiriert.

**16.6. Auswirkungen des Einstellungsstopps für den Fachbereich 5**

Herr Hoffstadt bittet die Konsequenzen aufzuzeigen, die der verhängte Einstellungsstopp und die interne Veränderungssperre für den Fachbereich 5 – Jugend und Soziales hat.

Herr Kotulla sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Jugend um 18:46 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

# Bereich Soziales

## A Öffentlicher Teil

### 1 Genehmigung der Niederschrift für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form genehmigt.

### 2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 29.11.2001 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

### 3 Mitteilungen der Vorsitzenden für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Es liegen keine Mitteilungen der Vorsitzenden vor.

### 4 Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Es liegen keine Mitteilungen der Bürgermeisterin vor.

### 5 Jahresbericht zur Unterbringungssituation von Asylbewerbern, Kontingentflüchtlingen, Spätaussiedlern und Obdachlosen in städtischen Übergangsheimen und Notunterkünften im Jahre 2001

Herr Schnöring spricht die von der Verwaltung für das Jahr 2002 befürchtete personelle Situation an. Er fragt nach, ob sich dies auf die Stellenvakanz bei den städtischen Mitarbeitern oder auf die erwartete verstärkte Zuweisung von Spätaussiedlern bezieht.

Herr Hastrich erläutert, dass in diesem Bereich seit Ende des Jahres 2001 eine Stellenvakanz besteht. Durch eine wieder verstärkte Zuweisung von Aussiedlern rechnet die Stadt Bergisch Gladbach im Laufe des Jahres mit über einhundert neuen Zuweisungen. Im Jahr 2002 waren bereits 22 Neuzugänge zu verzeichnen. Beide Ursachen zusammen lassen gravierende Probleme in diesen Arbeitsfeldern erwarten.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

## 6 Entsendung von Mitgliedern des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in Ratsausschüsse

Herr Gronemeyer stellt klar, dass es bei der Besetzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) keinen personellen Wechsel geben wird.

Frau Alef fragt nach, warum eine Entsendung in den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nicht vorgesehen wurde.

Herr Hastrich führt aus, dass der Beirat selbst in seiner konstituierenden Sitzung entschieden hat, in welche Ausschüsse Vertreter entsandt werden sollen, die dann auch benannt wurden. Für die Zukunft ist die Entsendung eines Vertreters oder einer Vertreterin in den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden damit jedoch nicht ausgeschlossen.

Die Vorlage wurde dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) als Fachausschuss zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die Vertretung des *Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen* in den genannten Ratsausschüssen beschließt nach Beratung im Hauptausschuss der Rat der Stadt Bergisch Gladbach in seiner Sitzung am 21.03.2002.

## 7 Vorberatung des Teilhaushalts 2002 für den Fachbereich 5-Jugend und Soziales im Bereich Soziales

Wie im Vorjahr beantragt Herr Schnöring für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in die Leistungen des Löwenpasses aufzunehmen und Mittel in Höhe von 30.000 € im Haushalt 2002 bereit zu stellen.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst mit 6 Ja-Stimmen bei 5 Gegenstimmen folgenden
**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) empfiehlt dem Finanz- und Liegenschaftsausschuss und dem Rat, die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in die Leistungen des Löwenpasses aufzunehmen. Hierfür sollen im Haushalt 2002 Mittel in Höhe von 30.000 € bereit gestellt werden.

## 8 Kündigung der Förderrichtlinien

Herr Hastrich erläutert, dass die Kündigung der Richtlinien in einem Gespräch mit den Geschäftsführern der Wohlfahrtsverbände beraten wurde. Diese haben dem beabsichtigten Verfahren zugestimmt und sind bereit, neue Vereinbarungen auszuhandeln. Ziel ist, von der bisherigen strukturfördernden Richtlinien zu einer wirkungsorientierten Arbeitsweise zu finden.
Noch vor den Osterferien soll den freien Trägern auf der Basis der Rahmenrichtlinien des Rheinisch-Bergischen Kreises ein Vorschlag unterbreitet werden, der als

Rahmenvereinbarung für die künftige Kooperation zwischen dem öffentlichen Träger und den freien Trägern dienen soll. Anschließend werden in den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – voraussichtlich am 27.06.2002 – die Zielvereinbarungen als Vorlage eingebracht, um eine erste Lesung durchführen zu können. Die Zeit bis zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 25.09.2002 soll genutzt werden, um die Zielvereinbarungen mit den freien Trägern zu beraten. Für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 25.09.2002 ist vorgesehen, eine Beschlussvorlage über die Zielvereinbarungen zu fertigen.
Parallel zur Diskussion über die Zielvereinbarungen werden mit den betroffenen Trägern Gespräche über jeweils abzuschließende Leistungsvereinbarungen geführt, um unmittelbar nach der Beschlussfassung über die Zielvereinbarungen durch den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) und vor Ablauf des Kündigungstermins der geltenden Förderrichtlinien am 31.12.2002 die Leistungsvereinbarungen mit den freien Trägern abschließen zu können und damit Klarheit darüber geschaffen zu haben, wie die Arbeit ab 01.01.2003 in den jeweiligen Feldern fortgeführt werden soll.
Für den Fall, dass der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) mit seiner heutigen Beschlussfassung dem Beschlussvorschlag folgt, werden in der kommenden Woche die freien Träger hierüber informiert werden.

Herr Schnöring signalisiert grundsätzliche Zustimmung, hat aber Bedenken, erst die Richtlinien zu kündigen und dann neue Konzepte und Konditionen auszuhandeln. Er bringt seine Skepsis zum Ausdruck, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diese Verfahrensweise im Finanz- und Liegenschaftsausschuss und im Rat mittragen wird.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden
**Beschluss:**

1. **Der Jugendhilfe- und Sozialausschuss empfiehlt dem Rat, nach Vorberatung im Finanz- und Liegenschaftsausschuss**
   - **die Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach zur Förderung von Altenclubs vom 01.01.1994**
   - **die Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach zur Förderung der Begegnungsstätten vom 01.01.1994**
   - **Ziff. 5.1 (institutionelle Förderung für den Bereich der allgemeinen Wohlfahrtspflege) der Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen an Vereine und Organisationen, die im sozialen Bereich tätig sind, vom 01.01.1988**
   - **den Ratsbeschluss vom 26.10.1993 zur Förderung der Beratungsstelle für Nichtsesshafte/Netzwerk Wohnungsnot**

   **mit Wirkung zum 31.12.2002 aufzuheben.**

2. **Zugleich wird die Verwaltung beauftragt, mit den durch die vorgenannten Richtlinien geförderten freien Trägern Gespräche zu führen, um neue Förderkonzepte und –konditionen auszuhandeln. Bezüglich der Fortführung der städtischen Förderung soll die Verwaltung dem Jugendhilfe- und Sozialausschuss für die genannten Förderbereiche spätestens zur Sitzung am 25. September 2002 Zielvereinbarungen vorlegen. Mit den freien Trägern**

**sollen für diese Bereiche aufgabenbezogen Art, Umfang, Qualität und Kontrolle in Leistungsvereinbarungen vertraglich geregelt werden.**

## 9 Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

### 9.1. Privater Investor für den sozialen Wohnungsbau

Bezug nehmend auf die Niederschrift zu Tagesordnungspunkt A8-S der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vom 29.11.2001 und dem Auszug aus der Niederschrift der Hauptausschusssitzung vom 11.12.2001 fragt Frau Wöber-Servaes nach dem Stand der Verhandlungen mit dem privaten Investor im Bereich des sozialen Wohnungsbaus.

Herr Kotulla antwortet, dass die Gespräche derzeit andauern. Im Hinblick auf städtebauliche Aspekte und der Notwendigkeit, geeignete Grundstücke zu finden, sind noch weitere Abstimmungsgespräche zu führen. Das Interesse des Investors besteht weiterhin.
Herr Kotulla sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage mit weiteren Informationen zu.

### 9.2. Projektwoche *Lust auf Lernen – ein Leben lang*

Frau Münzer weist auf eine Veranstaltung des Seniorenbüros der Stadt Bergisch Gladbach in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule hin. Es handelt sich dabei um eine Projektwoche zur Bildung im Alter, die unter dem Titel *Lust auf Lernen – ein Leben lang* in der Woche vom 24. bis 28. Juni 2002 stattfinden wird.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 19:03 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

| | |
|---|---|
| ***Kristel Bendig*** | ***Sabine Biesenbach*** |
| Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) | Schriftführerin |